

ERLANGEN - NÜRNBERG

rote hilfe

S.2: Gegen die
Kriminalisierung
sozialistischer
Politik!

S.3: Erklärung der
RAF zum
Hungerstreik



Semester der politischen Kon- frontation

SCHLUSS

MIT DER FOLTER IM KNAST!

Es ist inzwischen salonfähig geworden, in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit von Foltern zu sprechen, von Foltern in Griechenland, von Foltern in Persien, von Foltern in der Türkei, in Brasilien, in Portugal usw. - Foltern, die von Staaten begangen werden, die die Bundesregierung unterstützt. Aber all diese faschistischen oder reaktionären Staaten bestreiten sowohl die Existenz von politischen Gefangenen wie die Anwendung von Folter. Als die US-Marionette Thieu Bonn besuchte, verwendete sich Bundespräsident Heinemann für die politischen Gefangenen in Südvietsnam und empfahl eine schonendere Behandlung. Aber Thieu bestritt, daß es politische Gefangene in Südvietsnam gibt: in den Gefängnissen saßen lediglich einige gefährliche kriminelle Elemente.

Ganz genauso verhält sich der bundesrepublikanische Staat. Viel weniger als faschistische Länder kann ein Staat, der sich sozial und liberal nennt, zugeben, daß politische Oppositionelle gefangen gesetzt und gefoltert werden. Deshalb werden Demonstranten, Hausbesetzer, Streikende täglich zu Kriminellen gestempelt, deshalb wurde gestern die RAF und wird heute die KPD kriminalisiert. Deshalb auch muß dieser Staat denjenigen, der die Zustände in deutschen Gefängnissen an die Öffentlichkeit bringt, als Lügner hinstellen.

Wir haben gesagt, daß es in deutschen Haftanstalten Prügelkommandos gibt, die durch Mißhandlung von Inhaftierten Wohlverhalten und Aussagen erzwingen wollen. Die ÖTV hat behauptet, daß wir lügen. Sie wirft uns "grobe Verleumdung und Kollektivdiffamierung der Mitarbeiter des Strafvollzugs" vor.

Wir bleiben bei unseren Vorwürfen: in bundesrepublikanischen Haftanstalten werden Gefangene mißhandelt, gefoltert. Die Praxis der totalen Isolation ist Folter, ist kriminell und widerspricht den Menschenrechten.

Um seine Hände in Unschuld zu waschen, versucht dieser Staat jetzt, Übergriffe und Gewaltakte, die seit Jahren an Gefangenen verübt werden, aber in der Öffentlichkeit bisher kaum bekannt geworden sind, durch sogenannte unabhängige Kommissionen hinwegzubeweisen. In diesen Kommissionen aber sitzen auch diejenigen, die wir für die Folter verantwortlich machen. Die Justiz gibt zudem fast immer den Mitarbeitern des Strafvollzugs Recht. Ein Gefangener, der von Schlägerkommandos berichtet, steht mit seiner Aussage fast immer allein. Entweder wird er ohne Zeugen fertig gemacht, oder die Zeugen, die in der Lage wären auszusagen, fürchten ähnliche Repressionen. Die Schläger dagegen haben sich bisher regelmäßig gegenseitig entlastet. Es gibt kaum Fälle, in denen einer dieser Folterknechte verurteilt worden wäre.

Unter Folter verstehen wir nicht nur Elektroschocks, nicht nur Papageienschaukel, nicht nur Daumenschrauben. Wir verstehen darunter auch die totale Isolation innerhalb der Gefängnisse über Monate und Jahre, vervollständigt durch Post- und Besuchsverbote, durch politische Zensur bei Zeitungen und Büchern, das Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, psychiatrische Zwangsbehandlung und schließlich Sichtblenden. Die Folter der Totalisolation wird heute systematisch gegen politische Gefangene, aber mehr und mehr auch gegen Häftlinge, die erst durch die Gefängnisbedingungen politisiert wurden, angewandt.

Die Isolation der politischen Gefangenen von der Außenwelt und voneinander ist jetzt noch durch einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts abgesichert worden. Damit sind wesentliche Teile der Folter legalisiert. Mit diesem Beschluß hat sich das BVerfG, das einst als Wächter des Grundgesetzes und der Menschenrechte eingesetzt wurde, seines verfassungsmäßigen Auftrags selbst entbunden.

[Fortsetzung S. 2!]

Für viele Genossinnen und Genossen ist das, was in den Flugblättern zur BHG-Aktionswoche als letzte Folge der Anwendung des BHG mitunter ausgemalt wird, jetzt schon äußerst real. Gegen Genossen der RAF, der KPD, gegen Hausbesetzer findet das ganz spezielle Ordnungsrecht schon statt. Während wir Kritik der bürgerlichen Wissenschaft betreiben, was zumindest ohne Gefahr für die körperliche Unversehrtheit noch möglich ist, wird sozialistische Politik in zahlreichen Städten der BRD massiv verhindert, wird das Demonstrationsrecht - wie in NRW - schlicht aufgehoben, werden Genossen, die dieses Recht, ja selbst das Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen, zusammengeschlagen, vor Gericht gezerzt und bestraft.

Die ROTE HILFE Erlangen/Nürnberg informiert mit diesem Info über einige der Ereignisse und Aktionen der letzten Wochen. Alle Genossinnen und Genossen sollten im Erlanger Hochschulkampf nicht die realen Repressionsorgien übersehen, die die Staatsgewalt derzeit feiert. Seid solidarisch mit den politischen Gefangenen, erkennt, daß es Euch und uns genauso trifft und verhindert, daß die Isolierungstaktik des Staates in seiner Verfolgung Einzelner oder einzelner Gruppen Erfolg hat.

- Wir bauen die ROTE HILFE als Selbsthilfeorganisation gegen politische Unterdrückung auf, weil wir der Überzeugung sind, daß wir solidarisch zusammenhalten müssen, um wirksam gegen die politische Unterdrückung kämpfen zu können.
 - Wir geben Rechtshilfe - insbesondere bei Arbeitsrecht- und Mietfragen.
 - Wir sammeln Geld für die Unterstützung politisch Verfolgter und für Prozesskosten.
 - Wir kümmern uns um die aus politischen Gründen Entlassenen, um die aus politischen Gründen Verhafteten und um die Wahrnehmung ihrer Rechte.
- Arbeitet in der ROTEN HILFE mit, unterstützt die ROTE HILFE auch durch Geld!

Kontaktadresse: Politladen, Hindenburgstr. 17
Konto: ROTE HILFE, Sparkasse Erlangen, 19039

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

[Fortsetzung v. S. 1: Schluss mit der Folter...]

Heinz Brand, der 10 Jahre als Widerstandskämpfer in Nazi-Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbrachte und später in sogenannten sozialistischen Gefängnissen als "Humankommunist" in Isolierhaft saß, erklärt: "Meine Erfahrungen mit Isolierhaft waren schlimmer als Buchenwald und Auschwitz", obwohl in den KZs die Häftlinge ständig von Mißhandlungen bedroht waren, in regelmäßigen Abständen Selektionen durchgeführt wurden und jeder Tag das Ende bringen konnte, aber hier lebten die Gefangenen in Blöcken zusammen, und es gelang ihnen, innerhalb des KZ einen illegalen Widerstand zu organisieren, während der Isolierungshäftling von der Allgewalt eines totalen Unterdrückungsmechanismus ausgelöscht, niedergewalzt und in das Gefühl vollkommener Ohnmacht versetzt werden soll.

Totalisolation ist auch die neueste Form der Folter in Brasilien und in Uruguay - eine in den USA entwickelte wissenschaftliche Methode zur Zerstörung von Menschen, eine Methode, die keine sichtbaren Spuren hinterläßt. Praktisch erprobt wurde diese neue Zerstörungstechnik von den Agenten des CIA und des AID. In Uruguay kommen die Genossen in das sogenannte "weiße Zimmer" bei totaler Wasserentzug. Psychologen warten den Augenblick ab, wo der Gefangene kurz vorm Abkratzen ist, und dann wiederholen sie die Verhöre. Wir wissen von Genossen, die total geistesgestört aus diesen Folterkammern herauskamen. Auch einigen Genossen in der Bundesrepublik, die seit Monaten und Jahren total isoliert sind, wird jetzt das Wasser entzogen, versalzen oder verlaugt. Das ist nicht nur kriminell, das ist Mord!

Eine neue Variante der Folter, die von portugiesischen Faschisten erprobt wurde, ist der Schlafentzug, der erst zu Halluzinationen und dann ins Delirium führt. Mit Schlafentzug arbeiten auch

bundesrepublikanische Haftanstalten: davon können so gut wie alle politischen Gefangenen ein Lied singen.

In Frankfurt-Preungesheim wurde dieser Tage ein Gefängnis eröffnet, das die bisher in anderen Haftanstalten vereinzelt erprobte Isolation zum perfekten System macht. Es übertrifft die düstersten Utopien der Nazi-Baumeister. Neu an diesem Knast sind die eingebauten Sichtblenden vor jedem Fenster, neu sind die Beruhigungszellen auf jedem Stockwerk, neu die Käfige in den Aufzügen, neu der Hofgang in luftregulierten Zwischendecks. Dieser Bau braucht keine Folterknechte mehr, die die Zerstörung von Menschen individuell übernehmen. Hier ist die ganze Qual architektonisch institutionalisiert. Sichtblenden und Zwischendecks bedeuten radikalen Entzug optischer und akustischer Signale der Außenwelt, bedeuten radikalen Umweltentzug. Sie machen den Menschen taub und blind. Diese Form von Isolierung ist eine spezifische Form von Folter. Sie ist kriminell.

Der hessische Justizminister Hempfler äußerte, daß die Vorwürfe gegen diesen Knast "nur auf einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse beruhen können". Der Staat betrachtet diesen Knast als Fortschritt. Natürlich, von seinem Standpunkt aus ist er das auch. Herr Hempfler verweist weiter darauf, daß die Kübel der alten Knäste, in die man scheißt, in die man kotzt und die Essensreste kippt, durch Klos ersetzt werden. Unter hygienischen Gesichtspunkten ist das ein Fortschritt. In diesem Knast wird der Gefangene hygienisch fertiggemacht.

Diesen Knast, der für sogenannte Kriminelle bestimmt ist, haben wirkliche Kriminelle erbaut - eine Foltermaschine im Hochhausformat. Hier kann die heute an den politischen Gefangenen praktizierte Folter systematisch auf alle Gefangenen ausgedehnt werden.

„Das ist Zynismus“

Herr Hempfler, vorher Außenminister in Berlin, bekennt sich zur RAF und ist angeblich ein Sozialist und Radikaler... (Text continues with a satirical commentary on the politician's actions and the political system.)

Kriminal-Angelegenheit ist... (Text continues with a satirical commentary on the criminal justice system and the political situation.)

Impressum:
ROTE HILFE-Info / R4 Erlangen-Nürnberg
Verantwortl. (ganz im Sinne des Pressegesetzes): Max Hoelz, Coburg, Postfach 771. Eigen- und Selbstverlag; 20.6.73.

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG SOZIALISTISCHER POLITIK!

Jeder, der sich weigert seine politischen und sozialen Aktivitäten im Rahmen staatlich verordneter Wirkungslosigkeit zu halten, muß heute damit rechnen, in die Mühle von Polizei, Justiz, Strafvollzug zu geraten. Der politische Spielraum für außerparlamentarische Kämpfe wird dabei zunehmend eingeschränkt.

Schon vor den letzten Bundestagswahlen hatte die sozialliberale Regierungskoalition durch den Beschluß zum Berufsverbot, durch die Verabschiedung der 4 Gesetze zur Aufrechterhaltung der "inneren Ordnung", durch das Verbot der Generalunion palästinensischer Studenten und Arbeiter (GUPS und GUPA), durch den Ausbau des Polizei- und Unterdrückungsapparates und durch die Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes versucht, die Linke in der BRD einzuschüchtern und zurückzudrängen. Um sich die politische Bewegungsfreiheit nicht weiter beschneiden zu lassen, wählten die meisten Linken dann die SPD. Ein Berufsverbot unter der SPD sei immer noch besser als ein Verbot kommunistischer und sozialistischer Gruppen und Organisationen unter einer CDU-Regierung. Auch diese Hoffnung erweist sich jetzt mit dem drohenden Verbot der KPD als Illusion. Weil sie das Bonner Rathaus aus Protest gegen den Besuch des Henkers Thieu besetzt hatte, weil sie in ihrem Programm den gewaltsamen Sturz der Kapitalherrschaft und seine Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats fordert, soll eine Organisation der Linken heute vernichtet werden.

Wie schon mit der Verfolgungswelle gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) und gegen das Heidelberger Sozialistische Patientenkollektiv keineswegs ausschließlich diese beiden Gruppen, sondern die gesamte Linke getroffen werden sollte, so soll auch heute mit der Verfolgung

der KPD die gesamte Linke zurückgedrängt werden. Das zeigt sich auch bei Streiks, Demonstrationen und Hausbesetzungen. Das zeigt sich vor allem auch am konzertierten Vorgehen von sozialdemokratischen Regierungs- und Gewerkschaftsführern. Während die Regierung den staatlichen Repressionsapparat in Gang setzt, verabschieden Gewerkschaftsvorstände ihre eigenen "Radikale Klasse", werden reihenweise auf der Basis solcher Beschlüsse Oppositionelle aus Gewerkschaften ausgeschlossen.

Wer nicht sieht, daß der Staat mit der Verfolgung der KPD heute seine Bereitschaft demonstriert, jede Politik außerhalb des gesetzlich verordneten Instanzen- und Amtsweges zu bekämpfen, macht sich Illusionen über den wirklichen Charakter der sozialliberalen Koalition, macht sich Illusionen über die Möglichkeit einer Veränderung seiner Lage durch die SPD.

Unter der Parole "mehr Demokratie wagen!" trat die SPD 1969 in die Regierung und verkündete eine allgemeine

Unter der Parole "mehr Demokratie wagen!" trat die SPD 1969 in die Regierung und verkündete eine allgemeine Amnestie für politische "Straftäter". Das war eine Geste an die "unruhige Jugend", eine Brücke für diese zurück zur bürgerlichen Ordnung, um den "harten Kern" der APO umso wirksamer isolieren zu können. Das ist ihr bis heute nicht gelungen. Trotz Berufsverbot, trotz Strafverfolgung gegen zahlreiche Demonstranten, Häuserbesetzer usw. ist der Einfluß der Linken eher gewachsen.

In zahllosen Streiks, Jugendhausinitiativen, Lehrlings- und Schülerzentren, Hausbesetzungen und Mieterstreiks machen heute deutsche und ausländische Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten politi-

sierungsprozesse durch, die auf lange Sicht für das Kapital weit gefährlicher sind, als eine isolierte Studentenbewegung. Durch die permanente Inflation verschärfen sich die Spannungen in den Betrieben. Die Möglichkeit, daß die politische Linke sich mit Teilen einer in Bewegung geratenen Arbeiterbewegung vereint, ist heute größer, als in den letzten Jahren. Je weniger die SPD/FDP-Regierung ihre Reformversprechungen wahr machen kann, je mehr sich die SPD als Handlanger des Kapitals erweist, desto mehr werden die Massen den Kampf um ihre Forderungen selbst in die Hand nehmen; desto weniger werden sie den Kampf um ihre Bedürfnisse irgendwelchen Parlamentsvertretern überlassen.

Die "sozialliberale" Regierung befindet sich in einer Zwickmühle. Je länger sie die "Regierungsverantwortung" für die Interessen des Kapitals trägt, desto weniger wird es ihr gelingen, durch Reformparolen die Massen zu beruhigen und zu verschaukeln. Und gerade deshalb wird sie mit Hilfe von Polizei, Gefängnissen, Spitzeln und bürokratischen Gewerkschaftsvorständen oppositionelle Kräfte zu isolieren versuchen.

Die Folterungen in den Gefängnissen, der physische und psychische Terror gegen politische Gefangene, das brutale Vorgehen bei Massenkämpfen, die Kriminalisierung von Organisationen, wie jetzt der KPD und die Kriminalisierung einzelner Genossen, das sind ihre Mittel.

Um in den Gefängnissen den Widerstand der Gefangenen zu brechen, werden Mittel wie körperliche Gewalt, Einzelhaft und strenge Isolation, Entzug von Trinkwasser, Behandlung mit Psychopharmaka, Verweigerung der ärztlichen Behandlung angewandt.

Die neue Untersuchungsanstalt in Frankfurt-Preungesheim übertrifft von ihrer Architektur und ihrer Einrichtung die düstersten Utopien der Nazibaumeister.

Durch Isolierzellen mit Sichtblenden vor den Fenstern können die Gefangenen weder Himmel noch Erde sehen, sondern nur den nackten Beton; das kommt einem lebendigen Grab gleich.

Im Mai 1973 waren in den Gefängnissen der BRD und Westberlins mehr als 100 Gefangene in unbefristeten Hungerstreik getreten, um damit gegen die KZ- und Foltermethoden zu protestieren.

Dieser Kampf darf nicht an den Toren der Gefängnisse enden, denn sie sind die Endstation, die von der Bourgeoisie allen zugedacht ist, die sich gegen die "kapitalistische Ordnung" auflehnen.

SCHLUSS MIT DER FOLTER IM KNAST!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
KAMPF DER STAATLICHEN REPRESSION!
HÄNDE WEG VON DER KPD!
FÜR UNEINGESCHRÄNKTE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG!

presseerklärung - presseerklärung - presseerklärung - presseerklärung - presseerkl

FOLTER AN ANDREAS BAADER

Frankfurt, 23.5. 1973

Andreas Baader, der in der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt-Ziegenhain/Hessen eine Freiheitsstrafe verbüßt, wird dort unter Anleitung des Kasseler Gefängnisarztes Dr. Degenhart gefoltert. Baader befindet sich seit dem 8. Mai zum zweitenmal - zusammen mit 62 weiteren westdeutschen Gefangenen - im Hungerstreik gegen die Isolierhaft in den Gefängnissen der Bundesrepublik.

Gegen mehrere dieser Gefangenen ist inzwischen richterlich Zwangsernährung angeordnet worden.

Obwohl er sich am Dienstag, dem 22.5.73, in guter körperlicher Verfassung befand, erschien in der Mittagszeit der Anstaltsarzt Dr. Degenhart aus Kassel mit einem Kommando von 10 Aufsehern in Baaders Zelle, um ihm mit einem daumendicken Schlauch eine Nährlösung zwangsweise in den Magen zu pumpen. Baader verlangte dreimal nach einem Löffel, um die Lösung freiwillig zu essen. Trotzdem befahl der Arzt den Aufsehern, ihn festzuhalten, preßte ihm den Schlauch durch Mund, Rachen und Speiseröhre und hielt ihm die Nase zu. Baader mußte sich übergeben und wäre beinahe erstickt. Der Schlauch riß ihm den Rachen und die Speiseröhre blutig, so daß er Blut erbrach. Nach dieser Tortur spritzte Dr. Degenhart den Gefangenen mit drei intravenösen Injektionen für acht Stunden bewußtlos.

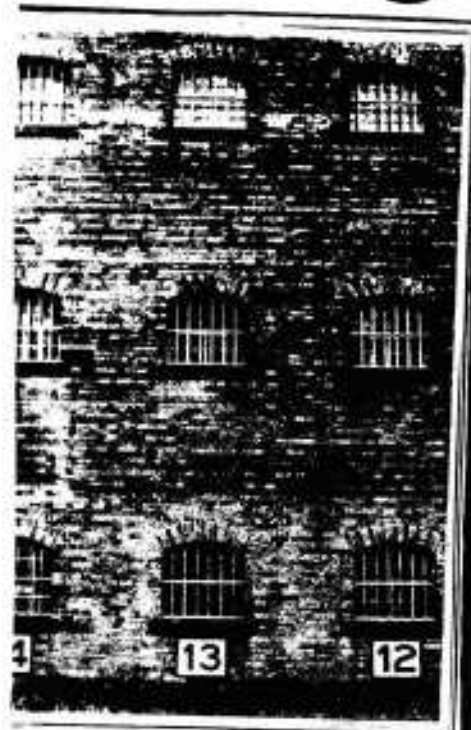
Baader war am Vormittag des 22.5.73 von einem seiner Verteidiger, Rechtsanwalt Koch vom Frankfurter Anwaltskollektiv, zu einer Besprechung aufgesucht worden. Der Anwalt konnte sich persönlich von dem relativ guten körperlichen Zustand des Gefangenen überzeugen. Als er zur Fortsetzung der Besprechung die Anstalt am Nachmittag noch einmal aufsuchen wollte, teilte ihm der Oberaufseher mit, der Arzt habe für Baader "strenge Bettruhe" verordnet. Ein Verteidigerbesuch sei nicht möglich. Der Anwalt wollte den Anstaltsleiter Metz sprechen, der jedoch ein Gespräch verweigerte.

Wir als Verteidiger von Andreas Baader stellen fest:

Andreas Baader wird in der hessischen Strafanstalt Ziegenhain nicht nur mit der seelischen Folter der strengsten Isolierhaft gequält, er wird auch körperlich mit Methoden gefoltert, die den faschistischen Terrorregimes in Griechenland, Spanien, Portugal, der Türkei oder Brasilien bis ins Detail abgesehen sind. Eine Zwangsernährung trotz Bereitschaft des Gefangenen zu freiwilliger Ernährung ist Folter.

Wir fordern Bestrafung des Anstaltsleiters Metz, des Gefängnisarztes Dr. Degenhart und ihrer Gehilfen.

Armin Golzem, Ruppert von Plottnitz, Helmut Riedel, Bernd Koch (Rechtsanwälte)



Es geht darum, jeden Kind, jeder Frau, jeden Mann zu zeigen, wie's funktioniert; daß das Band Menschen frisst und Profit ausspuckt und daß Knast Disziplinierungsmittel ist gegen Proleten und Lumpen, vorletzte Maßnahme gegen jede Art von Widerstand, egal wie bewußt oder unbewußt, egal wie organisiert oder uorganisiert.

Es geht darum, daß jeder begreift, danach handelt: Jede Revolte, jedes sich materialisierende Interesse des Volkes kollidiert mit dem Gesetz, ob im Stadttell, in der Fabrik, in der Schule, in der Universität - immer stehen die Bullen da und jeder sieht: Die Macht der Unternehmer und die Gewalt der Bullen und die Gesetze des Staates bilden eine Einheit und richten sich gegen die Macht der Massen, ihr Leben und ihre Arbeit selbst zu organisieren, daß der Profit krepitiert und die Menschen in fünf Kontinenten leben können.

Es geht darum, die Schweine mit dem für sie unlösbaren Widerspruch zu konfrontieren zwischen dem, was sie sagen: Menschenschutz, Menschenrecht - und dem, was sie machen: Menschenvernichtung.

Es geht darum, diesen Widerspruch nicht den Lügen der bürgerlichen Presse zu überlassen, sondern durch die Mobilisierung aller Sozialisten klarzumachen, daß Menschenrecht und Kapitalismus sich ausschließen, daß der Kampf in jedem Fall auf Leben und Tod geführt wird - wir oder sie, von ihnen für sie oder von uns für uns.

Unser erster Hungerstreik im Januar zwang BGE-Supetschwein Martin vor's Mikrofon, durch das er am 22. 2. 73 bekanntgab, wie sie den Widerspruch nicht lösen, sondern töten können: "Die Haftbedingungen werden der jeweiligen körperlichen und psychischen Verfassung der Gefangenen angepaßt." Stimmt, kann man nur sagen. Weil der politische Gefangene nicht zu entpolitisieren ist, muß er als Gegner vernichtet werden, solange, so total isoliert, bis Zwangsjacke und Sarg passen. Politischer Gefangener

ERKLÄRUNG DER RAF ZUM HUNGERSTREIK



ist aber jeder im Knast, der seine Geschichte politisch begreift und entschlossen ist, danach zu handeln, und danach behandelt wird. Martin weiß das, "nicht Menschenrecht, sondern Menschenvernichtung", die Sprechblase aus dem höchsten Gericht einer kriminellen Gesellschaft klärt auf.

Es ist klar Genossen, der Kampf um die Politisierung der Gefängnisse kann nicht ohne euer Interesse, ohne eure Solidarität geführt werden. Er kann nur geführt werden, wenn das geschlossene System, in dem der Feind alle Mittel hat, Gewalt, Privilegien, Isolation, Psychiatrie, Verlegung usw., durchbrochen wird, wenn ihr der Gewalt der Schweine die Gewalt der Straße entgegenstellt und so den Kampf der Gefangenen unterstützt, bevor ihr selbst gefangen seid.

Der erste Hungerstreik hat damit gedeutet, daß liberale Presse und liberale Schriftsteller gegen die politische Behandlung von Kriminalen Bedenken äußerten und jüngere Bundesanwälte unseren Anwälten bezeugten, die Isolation würde aufgehoben. Nach zwei Monaten besteht sie noch. Deshalb haben wir am 8. Mai noch einmal einen Hungerstreik begonnen, den wir erst dann beenden werden, wenn unsere Forderung erfüllt ist:

GLEICHSTELLUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN MIT ALLEN GEFANGENEN UND FREIE POLITISCHE INFORMATION FÜR ALLE GEFANGENEN

Ihr versteht: Kommunikation und Information im Knast sind die Voraussetzung zur Politisierung der Gefängnisse, zum Kampf um Rechte wie Selbstverwaltung, tarifgerechte Bezahlung, Schutz der Familie usw., die die Gefangenen nur selbst erkämpfen können und nur im solidarischen und die Zusammenhänge herstellenden Kampf aller Sozialisten gegen das kriminelle, imperielle System erkämpfen werden.

Alle Macht dem Volk!

Alle Kräfte des Volkes vereinen gegen das System aus Profit und Macht!

Rote Arme Fraktion



FOLTER UND MORD - auf Raten

Am 8. Mai 73 waren in den Gefängnissen der BRD und Westberlin mehr als 100 Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um damit gegen die KZ- und Foltermethoden des Bundesgerichtshofes (BGH = Brauner Gangster Haufen) und deren Handlanger in Justiz- und Strafvollzug zu protestieren.

Der Hungerstreik - die z. Zt. einzig mögliche Form des Widerstands im Knast - richtete sich hauptsächlich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (totale Isolation etc.), denen nicht nur die politischen Gefangenen ausgesetzt sind.

Hungerstreik bedeutet auch, daß etwas

auch nach außen dringt und nicht hinter den Knastmauern hängenbleibt.

Was die politischen Gefangenen mit ihrem Hungerstreik erreichen wollten, ist eigentlich seit dem 22.8.1952 in dem "Gesetz über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" geregelt (Art. 6 MRK):

- entweder die gleiche Behandlung wie jeder andere Gefangene, also Teilnahme an den Gemeinschaftsveranstaltungen, gemeinsamer Hofgang etc. oder Zusammenlegung von mehreren oder allen politischen Gefangenen in einer Haftanstalt und die Erlaubnis, untereinander Kontakt zu haben.

Da labern solche Dreckschweine wie z.B. Genscher von morgens bis abends über: das ist verfassungswidrig, das

verträgt sich nicht mit der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" usw. usw. und halten sich im selben Atemzug an den von ihnen erst lten Scheißdreck erst recht nicht.

Und wenn dann ein Schmierfink wie der Peter Jochen Winters von der FAZ meint, der Hungerstreik der Gefangenen wäre "reine Publicity-Sucht" (FAZ 20.2.73) dann ist es mit seinem Demokratieverständnis ja wohl auch nicht weit her. Denn warum sie hungern, weiß dieser Schreibtischtäter ganz genau.

Die politischen Gefangenen stellten mit ihrem Hungerstreik u.a. auch an uns hier draußen Forderungen, denn es ist klar, daß die Genossen drin kaum etwas ändern können.

Was wir Folter und Mord auf Raten nennen (totale Isolierung, Zellenvakuum, Einzelhofgang, Postsperre, Dauerlicht, 24 Stunden am Tag nichts) - der BGH ignoriert es und äußert sich erst gar nicht dazu - hat außer den bekannten sadistischen Schweinereien der Triebtäter Knoblich, Meyer, Wiefels usw. (alle Ermittlungsrichter beim BGH) neue Formen hinzubekommen.

- Mit Beschluß vom 17.5.73 haben die Dinosaurier (das verrottete Wesen, das nach der Sintflut übrigblieb), der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts, die Folter und Verstümmelung der Gefangenen für nicht verfassungswidrig erklärt.

HUNGERSTREIK

HUNGERSTREIK ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD

Skeptisch und überrascht wird man fragen, gibt es denn in der BRD überhaupt politische Gefangene? Wenn man diejenigen als politische Gefangene begreift, die gegen Ausbeutung und Gewalt, gegen staatlich regulierte Unterdrückung gekämpft haben, so haben wir zur Zeit über 100 politische Gefangene. Einige von ihnen werden seit 20 Monaten ohne Urteil gefangen gehalten. Die Untersuchungshaft darf rechtmäßig nur 9 Monate dauern und jeder Untersuchungshäftling hat auch gemäß der Menschenrechtskonvention als nichtschuldig bis zur rechtskräftigen Verurteilung zu gelten. Ihre Strafverteidiger haben unter anderem deshalb vom 9.2. bis 12.2. in Karlsruhe, Sitz des Bundesgerichtshofes, selbst einen Hungerstreik gemacht, da sie die Erfahrung gemacht haben, daß trotz der endlosen Kette von Beschwerden gegen die dauernden Rechtsbrüche des Staates sich nichts geändert hat.

Ein Beispiel: Vielleicht ist euch die gewaltsame Vorführung der Studentin Margrit Schiller bekannt. Vor dieser Demonstration staatlicher Brutalität wird Margrit Schiller bei der erkennungsdienstlichen Behandlung ebenfalls gewürgt; und an der linken Hand, die blutunterlaufen ist, verletzt. Die Polizei rechtfertigt die Vorführung mit Fahndungszwecken, obwohl sie vor der gewaltsamen Vorführung gestochen scharfe Fahndungsfotos hergestellt hat.

Erfolg des Hungerstreiks: Karlsruher beschlossen spontan, sich an dem Hungerstreik zu beteiligen. Unterstützung von Seiten der Bevölkerung. Man brachte Tee, Zigaretten, Vitamintabletten, Decken und Mäntel, man sagte den Rechtsanwälten, daß sie jederzeit in ihrer Wohnung auf die Toilette gehen, duschen oder sich aufwärmen können. Erfolg für eine ihrer Mandanten: Verlegung in einen Trakt, wo die Isolierung durch mehr Geräusche unterbrochen ist.

Die Forderung der politischen Gefangenen:

1. Gemeinsame Freistunde mit den anderen Gefangenen
2. Gemeinsames Fernsehen mit den anderen Gefangenen
3. Aufhebung der Isolation als Folter
4. Abschaffung des Bunkers
5. Aufhebung der Unterschiede zwischen den Gefängnissen.

Viele werden sich beim dritten Punkt "Aufhebung der Isolation als Folter" fragen, ob es tatsächlich möglich ist, daß in den Gefängnissen der "freiheitlich-demokratischen" Bundesrepublik gefoltert wird. Ihr denkt bestimmt bei dem Wort Folter zuerst an Daumenschrauben, glühende Zangen, Elektroschocks oder Tigerkäfige, wie es sie bei uns natürlich nicht gibt. Die meisten von euch werden vielleicht wissen, daß in Griechenland, in Persien, in der Türkei, in Südvietnam und vielen anderen Ländern kriminelle Vereinigungen mit Unterstützung der BRD foltern. Ihr werdet sagen, wir leben doch in einem fortschrittlichen Land. Allerdings. Und deshalb sind auch die Foltermethoden bei uns fortschrittlich. Könnt ihr euch vorstellen,

- über 4 Monate oder gar Jahre hinweg total von jedem menschlichen Kontakt isoliert zu sein, Einzelhofgang, Einzelbad, keine Beteiligung an den Gemeinschaftsveranstaltungen.
- Sichtblenden vor den Zellenfenstern,
- totale Schallisolation,
- teilweise oder totale Postsperre,
- keine Zeitungen oder nur solche aus denen die wesentlichen Artikel herausgeschnitten sind.
- Wochen- und monatelange Besuchssperre, zum Teil sogar für Angehörige,
- stündliches Wecken bei Nacht, sogenannte "Zellenkontrolle"

Die Strafverfolgungsorgane der BRD mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundesgerichtshof an ihrer Spitze haben durch die Anordnung der vollständigen Isolierung das Mittel der psychischen Folter angewendet, um die Gefangenen als politische Individuen zu zerstören. Man weiß, daß die vollständige Isolierung den Menschen krank macht. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis haben eine Reihe von Staaten, die sich die zivilisierten nennen, schon vor Jahrzehnten die Genfer Konvention vereinbart, in welcher geregelt ist, unter welchen Bedingungen Kriegsgefangene gehalten werden dürfen. Danach haben selbst Kriegsgefangene noch bessere Gefangenschaftsbedingungen als die als unschuldig geltenden politischen Gefangenen in der deutschen Untersuchungshaft.

SCHLUSS MIT DER FOLTER IM KNAST!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
BERUFSVERBOT FÜR KNOBLICH UND SEINE
FOLTERKNECHTE!

WIR WOLLEN ALLES

Diese Zeitung ist ein Kampfbüchlein
Ein Blatt für alle, die an dauernden Klassenkampf beteiligt sind
Ein Ausdruck des täglichen Kleinkampfes der Unterdrückten



gegen die Unterdrückten
Ein Ausdruck der
Diskussionen darüber
Ein Ausdruck unserer
Arbeit, unserer
Folien

WIR WOLLEN ALLES
8117 Erlangen Nr. 12

Die Zeitung kostet im Abonnement
DM 12,00 für 12 Nummern.
Sie erscheint monatlich
Der Abonnent wird erbeten
sein Zahlungsbefehl an
DM 12,00 auf unser Konto
übermitteln zu lassen.
In den meisten
Postämtern und Buchhandlungen
ist diese Zeitung zum
Kaufen.

Kontaktadressen einzelner Gruppen

Bonn: Politische Front der Geta Stiller, 28 Bonnen, Kirchhuckert, 144
Pankfurt: Bundesrat der Kampfg. S.C., 6 Frankfurt 1, Post: 54302
Eisenberg: Gruppe im BK der Rosa-Müller-Kaserne, 6 Frankfurt, 1, Kettner-
hofweg 117
Lotta-Centru: c/o Fischer, 6 Frankfurt, Bonnhofstr. 104
Hamburg: Politische Front c/o Renate Schmitt, 7 Hamburg 20, Haynstr. 5
Köln: Arbeiterkampf c/o Dan Politschke Beck, 5 Köln 41, Zulpacher Str. 197
München: Arbeiterkampf c/o Romy Beck, 8 München 13, Fichte Freiheit Str. 26
Nürnberg-Erlangen: Freieske Platanenstr. 852 Erlangen, Hunderburgstr. 17

Die Zeitung erscheint auch in griechisch und italienisch. Auch diese Ausgaben
sind über die Verteilungskomitee in Gagarin zu bestellen. Gruppen, die die Zeit-
ung selber weiterverkaufen möchten, erbiten sie ab 5 Stück postfrei und
mit 10% Rabatt für die eigenen Ausgaben. Das Konto der Zeitung ist nur:

Wir wollen alles, 812 Erlangen Postcheckkonto Nürnberg Nr. 4684-852

Nr. 5 hat 20 Seiten.

Nr. 5 erscheint am 22. Juni. Ein-
zelpreis DM 1,00. In Erlangen
ist die Zeitung im POLITLADEN
erhältlich, in NÜRNBERG in der
BÜCHERKISTE.

ANZEIGE